

Debatte: Lehren aus dem AfD-Wahlerfolg und Konsequenzen für solidarische Politik

von Kai Burmeister



↳ Kai Burmeister ist Mitglied der spw-Redaktion und im Kreisvorstand der SPD Stuttgart

Foto: IG Metall

Die Flüchtlingsfrage hat die Landtagswahl im Südwesten bestimmt. Auch wenn der populäre Ministerpräsident Kretschmann erheblich zulegen konnte, ist die AfD mit 15 Prozent in den Landtag eingezogen. Den Rechtspopulisten ist es gelungen, mit Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und gegen die „Politik da oben“ zur drittstärksten Partei zu werden.

Eine Antwort darauf muss differenziert ausfallen. Ein Teil der AfD-Wähler besteht aus nichts anderem als Biedermännern, Brandstiftern und Rassisten.¹ Für Rassismus und Hetze darf es keine Toleranz geben, nicht einen Millimeter. Aber gleichzeitig dürfen die Sozialdemokratie und die politische Linke die AfD-Wähler nicht in Gänze verloren geben. So würde es zu kurz greifen, Rassismus als einzigen Grund für die Wahl der AfD anzunehmen oder gar mit überheblicher Attitüde auf die fehlende Bildung dieser Wählergruppe hinzuweisen. Vielmehr hat vor allem die SPD ihre soziale Integrationskraft nicht mehr ausreichend wahrgenommen und so auch dazu beigetragen, dass sich Wähler von „denen da oben“ verprellt fühlen. Der Stimmenanteil

von ca. einem Drittel der Arbeiter und der Arbeitslosen für die AfD deutet auf eine tief-sitzende Verunsicherung und verbreitete Sorgen hin, die sich unterhalb der allgemeinen Lageeinschätzungen eines „wirtschaftlich starken Deutschlands“ und „uns geht’s doch allen gut“ abspielen.

Flüchtlingspolitik aus verschiedenen Blickwinkeln

Im linken Bürgertum hat die Bundeskanzlerin für ihre Rolle in der Flüchtlingspolitik ohne Zweifel an Ansehen gewonnen. Eine andere Sichtweise dazu gibt es in anderen Milieus. Dazu ein Beispiel aus der Praxis: Im Sommer des letzten Jahres sprang Daimler-Chef Dieter Zetsche der Bundeskanzlerin in der Flüchtlingspolitik bei und erklärte in einem Interview: „Die meisten Flüchtlinge sind jung, gut ausgebildet und hoch motiviert. Genau solche Leute suchen wir.“²

Einige Tage später erklärte mir ein Beschäftigter, der am prekären Rand der automobilen Wertschöpfungskette tätig ist, er unterstütze die Aussage zu Gunsten der Flüchtlinge. Allerdings sehe er eine gewisse Ungerechtigkeit, schließlich würde er anstelle einer Tätigkeit für ein Subunternehmen auch gerne direkt bei dem Autobauer arbeiten. Allerdings sei es nahezu ausgeschlossen, da reinzukommen. Das fände er ungerecht, obwohl er es jedem Flüchtling von Herzen gönne. Mit Rassismus hatte dieser Beschäftigte nichts am Hut, im Mittelpunkt steht die richtige Kritik an der Spaltung auf dem Arbeitsmarkt.

¹ Siehe Max Reinhardt, Autoritäre Milieus, autoritäre gesellschaftspolitische Lager und Parteipräferenzen im Wandel? Biedermann und die Brandstifter sowie die Einleitung im gleichen spw Schwerpunkt Aufstieg der neuen Rechten? (Heft 20/8)

² <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/autoindustrie/daimler-chef-zetsche-will-fluechtlinge-anwerben-a-1051688.html>

Soziale Gerechtigkeit als Motiv!

37 Prozent der AfD-Wähler haben angegeben, dass (fehlende) soziale Gerechtigkeit für ihre Wahlentscheidung ausschlaggebend gewesen sei. Ein Blick in die Programmatik der AfD zeigt zwar, dass die Partei wirtschaftspolitisch neoliberale Positionen – beispielsweise die Einführung einer Flattax sowie die Abschaffung der Arbeitslosenversicherung – vertritt. Trotzdem scheinen viele Wähler der AfD ein Signal zu Gunsten von mehr sozialer Gerechtigkeit setzen zu wollen. Nun ist unstrittig, dass mit „sozialer Gerechtigkeit“ sehr unterschiedliche konkrete Vorstellungen verbunden sein können, und dass für manche „sozial gerecht“ auch ein Ausschluss ganzer Gruppen von solidarischen Leistungen sein kann.

Die historische Stärke der Volkspartei SPD ist es stets gewesen, auf die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitslosen eine sozialintegrative Antwort zu finden, ohne diese gegen andere benachteiligte Gruppen auszuspielen. Jenseits von Forderungen nach „Herdprämien“ oder einem „bedingungslosen Grundeinkommen“ als abzulehnende Elemente vermeintlicher sozialer Sicherheit muss es für die Sozialdemokratie jetzt um ein erneuertes Sozialstaatsangebot gehen, das für weite Teile von traditionellen bis hin zu modernisierten Arbeitnehmerhaushalten anschlussfähig ist.

Es stellt sich die Frage, ob die Sozialdemokratie die vorhandene gesellschaftliche Verunsicherung aufgreifen und mit einem Angebot zu Gunsten von mehr sozialer Gerechtigkeit verbinden könnte. Die einfache Überlegung dazu lautet: Dauerhafte Solidarität mit Flüchtlingen gelingt dann, wenn sozialer Zusammenhalt gestärkt und gesellschaftliche Spaltungen eben nicht weiter forciert werden.³ Auf dem Arbeitsmarkt braucht

es nicht mehr Konkurrenz und Ausnahmen vom Mindestlohn, sondern mehr sichere Arbeit und faire Einkommen für alle.

„Einen Denkkzettel für die da oben“

In weiten Bevölkerungsteilen ist sowohl eine große Verunsicherung als auch eine Kritik an einem als von den Ansprüchen normaler Menschen abgekoppelten Politiksystem zu beobachten. Zwar gibt es auch in der Teilen der Bevölkerung eine Verachtung für Politik als solche, aber zuvorderst geht es um eine Krise der politischen Repräsentation und dabei eine Krise der SPD im Besonderen.

Eine Ursachenerklärung bietet DIW-Chef Marcel Fratzscher in seinem Buch „Verteilungskampf“, in dem er Deutschland als Land der Ungleichheit klassifiziert. „In kaum einem anderen Land beeinflusst die soziale Herkunft das eigene Einkommen so stark wie in Deutschland. In kaum einem anderen Land bleibt Arm so oft Arm und Reich so oft Reich – über Generationen hinweg“. ⁴ „In kaum einem anderen Land haben Kinder aus einem sozial schwachen, bildungsfernen, ausländischem und von einem alleinerziehenden Elternteil geprägten Umfeld so schlechte Chancen, ihre Talente zu entwickeln, wie in Deutschland.“ ⁵ Diese gläsernen Decken zwischen Oben und Unten existieren. Wer, wenn nicht die Sozialdemokratie muss diese benennen und deren Überwindung zu einem politischen Projekt des progressiven Lagers machen.

Solidarpaket als richtiger Ansatz

Ob die Sozialdemokratie aktuell als glaubwürdiger Träger einer populären Kritik an den gesellschaftlichen Hürden und des Politikbetriebs taugt, sei an dieser Stelle dahingestellt. Tatsächlich geht der Vorschlag Sigmar Gabri-

de, der von Gewerkschaftern, Wissenschaftlern sowie von Mitgliedern der SPD, der Grünen und der Linken initiiert wurde.

4 Marcel Fratzscher, Verteilungskampf, S.12

5 Ebd., S.16

3 Siehe hierzu den aktuellen Aufruf auf www.europa-neu-begrunden.de.

els für ein erneuertes Solidarpaket in die richtige Richtung. Selbstredend geht es nicht um Sozialleistungen für Deutsche, sondern um ein solidarisches Angebot an die verunsicherten Teile der Bevölkerung: Bessere Kitaplätze, mehr Bildungschancen, mehr sozialer Wohnungsbau und eine Umkehr des Rentenabbaus in Richtung einer solidarischen Alterssicherung sind richtige Bestandteile, mit denen die SPD 2017 in die Bundestagswahl ziehen kann.

Die schwarze Null überwinden

Natürlich wird mehr Sozialstaatlichkeit nicht zum Nulltarif zu haben sein. Volkswirtschaftlich ist eine verteilungspolitische Umkehr gefordert, schließlich erweist sich die Schieflage in der Vermögensverteilung als Wachstumshemmnis.⁶ Als Konsequenz aus den aktuellen Wahlniederlagen muss eine wieder erfolgreiche Sozialdemokratie die ideologisch überhöhte „Politik der schwarzen Null“ zu Gunsten einer expansiven Sozialstaatspolitik aufgeben.

Dies wird zu politischem Streit führen müssen. Genau an diesem Punkt wird dann die Trennungslinie mit bürgerlichen Ansätzen in ihren grünen und schwarzen Varianten verlaufen. Im Sinne einer Profilschärfung für mehr soziale Gerechtigkeit und Solidarität ist dies jedoch nötig. Dafür braucht es keinen plumpen Populismus, wohl aber mehr Klarheit im Auftritt und eine einfache Sprache. Aktuell bieten die Panama-Papers und die dahinter stehende Steuerflucht der Vermögenden die Chance, mit einer ernsthaften Aufarbeitung und der Zuspitzung des gesellschaftlichen Skandals wieder populär zu werden. ■

⁶ Gert G. Wagner und Karl Brenke, Ungleiche Verteilung der Einkommen bremsen das Wirtschaftswachstum, In: Wirtschaftsdienst Heft 2/2013

PapyRossa Verlag



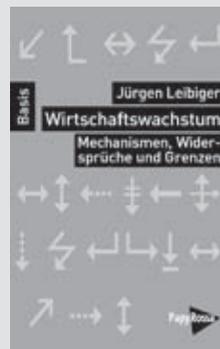
Andreas Wehr

DER KURZE GRIECHISCHE FRÜHLING

Das Scheitern von Syriza und seine Konsequenzen

Paperback
978-3-89438-602-3
191 Seiten | € 13,90

Mit der Hinnahme des von Berlin durchgesetzten Spardiktats wurde der gesamten europäischen Linken eine schwere Niederlage beigebracht. In der Konsequenz hält Andreas Wehr ein »demokratisches und soziales Europa« unter den Bedingungen des Euro und der EU für eine Illusion.



Jürgen Leibiger

WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Mechanismen, Widersprüche und Grenzen

Pocketformat
978-3-89438-607-8
138 Seiten | € 9,90

Jürgen Leibiger zeigt, was Wachstum ist und worin seine Triebkräfte bestehen. Er erläutert, warum es im Kapitalismus stets krisenhaft verläuft und wie es sich verteilt. Sodann behandelt er die Grenzen des Wachstums und das Verhältnis von Wachstum und menschlicher Emanzipation.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de